

Aktuelle Steuer-Nachrichten

1. Aus Gesetzgebung und Verwaltung: Umsätze aus der Erstellung von Lehrbriefen keine Steuerbefreiung

Autorenleistungen zur Erstellung von Lehrbriefen fallen nicht unter die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 21 Buchst. b UStG für unmittelbar dem Schul- oder Bildungszweck dienende Unterrichtsleistungen selbständiger Lehrer. Es wird allerdings für bis zum 31.12.2017 erbrachte Leistungen nicht beanstandet, wenn der Autor diese Leistungen als steuerfrei behandelt. (SIS-Datenbank Steuerrecht; FinBeh Hamburg v. 11.10.2017).

2. Allgemeine Steuerzahlungstermine im Januar und Februar 2018

Das erste Datum gibt den gesetzlichen Fälligkeitstermin an, das zweite Datum das Ende der Zahlungs-Schonfrist: LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.01./15.01.; LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 12.02./15.02.; GewSt, GrundSt: 15.02./19.02. Hinweis: Schonfristen gelten nicht für Bar- u. Scheckzahler.

3. Einkommensteuer: Vorlage an BVerfG wegen Abzinsung von Pensionsrückstellungen

Für steuerbilanzielle Zwecke werden Pensionsrückstellungen mit einem festen Rechnungszinsfuß von 6 % abgezinst (§ 6a Abs. 3 S. 3 EStG). Dieser Zinssatz wird in Anbetracht der Zinsentwicklung am Kapitalmarkt seit der Finanzkrise vielfach als unrealistisch hoch und verfassungsrechtlich bedenklich angesehen. Auch der 10. Senat des FG Köln hält den Zinssatz von 6 % im Jahr 2015 für verfassungswidrig und hat deshalb beschlossen, ein Klageverfahren betreffend ein mittelständisches Unternehmen mit erheblichen Pensionsrückstellungen auszusetzen und eine Entscheidung des BVerfG über die Verfassungsmäßigkeit des Rechnungszinsfußes einzuholen. Im Rahmen der Entscheidungsverkündung erläuterte das Gericht, dass der Gesetzgeber befugt sei, den Rechnungszinsfuß zu typisieren. Er sei aber gehalten, in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, ob die Typisierung noch realitätsgerecht sei. Der Rechnungszinsfuß sei seit 1982 unverändert und habe sich in dem heutigen Zinsumfeld so weit von der Realität entfernt, dass er vom Gesetzgeber hätte überprüft werden müssen. Die fehlende Überprüfung und Anpassung führe zur Verfassungswidrigkeit. Alle vergleichbaren Parameter (u.a. Kapitalmarktzins, Rendite von Unternehmensanleihen) hätten schon seit vielen Jahren eine stetige Tendenz nach unten und lägen deutlich unter 6 %. Die schriftliche Begründung des Vorlagebeschlusses

liegt derzeit noch nicht vor. (FG Köln, Beschl. v. 12.10.2017 - 10 K 977/17, Pressemitteilung des FG Köln v. 16.10.2017)

4. Abgabenordnung: Anforderungen an die Kassenbuchführung des Inhabers eines Friseurgeschäfts - Berechtigung zur Hinzuschätzung

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg nimmt in seinem Beschluss Ausführung zur Einzelaufzeichnungspflicht und zur ordnungsgemäßen Kassenführung des Inhabers eines Friseurgeschäfts mit dem besonderen Geschäftszweig „Haarverlängerung“ Stellung. Die Schätzungsbefugnis des Finanzamts bejaht es zwar dem Grunde nach. Bedenken hat es jedoch gegen die vom Finanzamt vorgenommene Nachkalkulation. Sei die Nachkalkulation des Finanzamts aufgrund nachträglich bekannt gewordener Fakten offensichtlich nicht zutreffend, so würde die Vornahme einer eigenständigen Nachkalkulation durch das Finanzgericht - ausgehend von den veränderten Kalkulationsgrundlagen - aber den Rahmen einer dem gerichtlichen AdV-Verfahren angemessenen summarischen Prüfung übersteigen. Dementsprechend setzt das Finanzgericht - in Anlehnung an seine ständige Rechtsprechung - wegen der erheblichen Bedeutung der vorliegenden Buchführungsmängel einen Unsicherheitszuschlag in Höhe von 10 % auf die erklärten Umsätze fest. (Finanzgericht Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 13.02.2017 - 7 V 7345/16, rkr., DStR 2017, Heft 46, S. X)

5. Umsatzsteuer: Ernstliche Zweifel an der Umsatzsteuerpflicht von Fahrschulunterricht zum Erwerb eines Pkw-Führerscheins

Im einstweiligen Rechtsschutzverfahren hält es das Finanzgericht Berlin-Brandenburg für ernstlich zweifelhaft, ob der von einer GmbH mit einem einzigen Fahrlehrer überwiegend zum Erwerb eines Pkw-Führerscheins (Fahrerlaubnisklasse B) erteilte Fahrschulunterricht umsatzsteuerpflichtig oder ob er als „von Privatlehrern erteilter Schul- und Hochschulunterricht“ nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. j MwStSystRL steuerbefreit ist (Anschluss an FG Berlin-Brandenburg vom 10.11.2015 - 5 V 5144/15, DStRE 2016, 1460; Abgrenzung zum FG Niedersachsen vom 26.05.2016 - 11K 10284/15, DStRE 2017, 809). Eine Steuerbefreiung nach nationalem Recht gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a und b UStG scheidet jedenfalls aus. (FG Baden-Württemberg, Beschl. v. 08.02.2017 - 1 V 3464/16, rkr., MwStR 2017;474)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Domstraße 15, 20095 Hamburg

Druckerei:

DATEV eG
Druck- und Versandzentrum, Abteilung P492, 90329 Nürnberg

Verantwortliche Redaktion:

RA/StB Gerhard Schmitt
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: gerhard.schmitt@mazars.de

StB Andreas Lichel
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: andreas.lichel@mazars.de

Stichwortverzeichnis 2017
Die erste Ziffer gibt den Monat, die zweite die Nachricht des betreffenden Monats an

Abgabenordnung

- Fristwahrung bei Poststreik 3/3
- Kontrolle der Richtigkeit von Telefaxnummern 3/4
- Rechtsbehelfsbelehrung bei Namensänderung und/oder Sitzverlegung des Finanzamts, Einspruchsfrist 5/3
- Wirksamkeit der Rechtsbehelfsbelehrung bei fehlendem Hinweis auf Möglichkeit der Einspruchseinlegung in elektronischer Form 8/4
- Fehlüberweisung durch FA nach Mitteilung neuer Kontoverbindung 8/5
- Anforderungen an die Aufzeichnungen bei Gewinnermittlung durch Einnahme-Überschuss-Rechnung und Verwendung einer offenen Ladenkasse; Zulässigkeit einer Quantilsschätzung 9/3
- Vermögensbindung nach § 55 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 i.V.m. § 61 Abs. 1 AO; Benennung einer in einem EU-/EWR-Staat ansässigen jPdÖR als Anfallsberechtigte 9/4
- Anforderungen an die Kassenbuchführung des Inhabers eines Friseurgeschäfts - Berechtigung zur Hinzuschätzung 4/12

Aus Gesetzgebung und Verwaltung

- Bundestag beschließt Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften 1/1a
- Europäische Kommission schlägt neue steuerrechtliche Vorschriften zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs vor 1/1b
- Tätigkeit eines Sport-Dachverbandes – Konsequenzen des BFH-Urteils vom 24.06.2015 - I R 13/13 1/1c
- Stand der Gesetzgebung 2/1a
- Außensteuergesetz: Verwaltungsgrundsätze Betriebsstättengewinnaufteilung - VWG BsGa 2/1b
- Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Sale-and-lease-back-Geschäften; Konsequenzen des BFH-Urteils vom 06.04.2016 - V R 12/15 3/1a
- Erteilung von Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Muster in Form von schreibgeschützten Dateien (§ 10b EStG, § 50 EStDV) 3/1b
- Bundesregierung beschließt neues Geldwäschegesetz - Das Transparenzregister kommt 4/1a
- Stellungnahme des Bundesrates zum Lizenzschränkengesetz - gesetzliche Sanierungsklausel 4/1b
- Stand der Gesetzgebung 5/1a
- Steuersatz für die Lieferung von Messekatalogen 5/1b
- Bundesregierung legt Verordnung zur Sicherung von Registrierkassen vor 6/1a
- Lizenzschränken-Gesetz vom Bundestag beschlossen: Anhebung der GWG-Grenze und Sanierungsklausel 6/1b
- Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz vom Bundestag beschlossen 6/1c
- Aufhebung des Sanierungserlasses 6/1d
- Bundesrat stimmt Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz und Lizenzschränken-Gesetz zu 7/1a
- Deutschland unterzeichnet Übereinkommen gegen aggressive Steuergestaltungen 7/1b
- Grundgesetz: Kernbrennstoffsteuergesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig 7/1c
- Stand der Gesetzgebung 8/1
- Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen: Eine Fach-Info der Finanzbehörde Hamburg erläutert die Änderungen durch das Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen vom 22.12.2016 9/1
- Stand der Gesetzgebung 10/1a
- Durchsuchung von Geschäftsräumen aufgrund von Daten aus von der Finanzverwaltung gekaufter CD 10/1b
- Europäische Kommission stellt Pläne für eine umfassende Mehrwertsteuerreform vor 11/1
- Umsätze aus der Erstellung von Lehrbriefen keine Steuerbefreiung 12/1

Bilanzsteuerrecht

- Bilanzierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt, Tilgung aus Bilanzgewinn und Liquidationsüberschuss 7/3
- Wegfall der korrespondierenden Bilanzierung eines Gesellschafterdarlehens bei Veräußerung des Mitunternehmeranteils 8/3

Einkommensteuer

- Anwendung des Abzugsverbots gemäß § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 EStG bei sog. „Herrenabenden“ 1/3
- Aufwendungen für die Erneuerung einer Einbauküche sind nicht als sog. Erhaltungsaufwand sofort als Werbungskosten abziehbar 1/4
- Verfassungsmäßigkeit der Entfernungspauschale 2/3
- Sonderausgabenabzug für Beiträge zur Basiskrankenversicherung, Bonuszahlungen der Krankenkasse 2/4
- Sanierungserlass verstößt gegen Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 3/5
- Restbuchwert und Abbruchkosten als Gebäudeherstellungskosten 3/6
- Kosten für die Herstellung der Betriebsbereitschaft als anschaffungsnahe Herstellungskosten i.S.v. § 6 Abs. 1 Nr. 1a Satz 1 EStG-Verhältnis zu § 255 HGB 3/7
- Firmenwagenbesteuerung - Zuzahlungen d. Arbeitnehmers mindern geldwerten Vorteil 3/8
- Arbeitshilfe zur Aufteilung eines Gesamtkaufpreises für ein bebauten Grundstück (Kaufpreisaufteilung) 4/3
- Verwaltungsgrundsätze Betriebsstätten-gewinnaufteilung 5/4
- Bilanzierung bei Insolvenz, Fortführungsprognose, Hinweispflicht des steuerlichen Beraters 5/5
- Wertaufholungsverpflichtung nach Einbringen von Betriebsvermögen 5/6
- Ausgleichszahlung zum Versorgungsausgleich einer betrieblichen Altersversorgung vorweggenommene Werbungskosten 6/3
- Abgeltung von unfallbedingten Krankheitskosten durch Entfernungspauschale 6/4
- Rückabwicklung einer Anteilsveräußerung als rückwirkendes Ereignis 6/5
- Steuerliche Berücksichtigung von selbstgetragenen Kraftstoffkosten bei Anwendung der 1 %-Regelung 7/4
- Ermittlung der zumutbaren Belastung nach § 33 Abs. 3 EStG 7/5
- Herstellung von Hausanschlüssen an die zentrale Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung 7/6
- Pauschale Einkommensteuer auf Geschenke an Geschäftsfreunde unterliegt Abzugsverbot 7/7
- Ausgleichszahlung zur Abfindung des Versorgungsausgleichs 8/6
- Zeitpunkt der Nachversteuerung eines negativen Kapitalkontos auf Grund der Auflösung einer KG 8/7
- Zur Abschreibbarkeit des immateriellen Wirtschaftsgutes „wirtschaftlicher Vorteil aus einer Vertragsarztzulassung“ 9/5
- Scheidungskosten nicht mehr als außergewöhnliche Belastung abziehbar 10/3
- Übertragung einer § 6b-Rücklage auf eine EU-Betriebsstätte 11/3
- Vergeblicher Aufwand im Hinblick auf eine angestrebte Vorstandsposition sowie zum Erwerb einer Beteiligung am künftigen Arbeitgeber 11/4
- Ertragsteuerliche Beurteilung von Darlehensverbindlichkeiten im Abwicklungsendvermögen einer Tochtergesellschaft 11/5
- Kosten zur Beseitigung von nach Anschaffung mutwillig herbeigeführten Substanzschäden keine „anschaffungsnahe Herstellungskosten“ 11/6
- Vorlage an BVerfG wegen Abzinsung von Pensionsrückstellungen 12/3

Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

- Keine Erbschaftsteuerbefreiung für den Erwerb von Wohnungseigentum ohne Selbstnutzung 1/5
- Gewährung eines zinslosen Darlehens an die Lebensgefährtin zum Umbau bzw. zur Sanierung des gemeinsam bewohnten Hauses als freigebige Zuwendung 6/6
- Pflegefreibetrag für gesetzlich zum Unterhalt verpflichtete Personen 8/8
- Erbschaftsteuer – Verfassungsmäßigkeit des Steuersatzes für Erwerber d. Steuerklasse II 11/7

Gemeinnützigkeitsrecht

- Vermögensbindung nach § 55 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 i.V.m. § 61 Abs. 1 AO; Benennung einer in einem EU-/EWR-Staat ansässigen jPdÖR als Anfallsberechtigte 9/4

Gewerbesteuer

- Keine erweiterte Kürzung bei Veräußerung eines Teils eines Mitunternehmeranteils 3/9
- Gewerbesteuerrechtliche Hinzurechnung von durchlaufenden Krediten 4/4
- Steuerliche Behandlung eines Gewerbeverlustes 4/5
- Leistungen aus einer Lebensversicherung an Stelle eines Ausgleichsanspruchs nach § 89b HGB 7/8
- Keine gewerbesteuerliche Hinzurechnung nach § 8 Nr. 1 Buchst. f GewStG für von Berliner Wasserversorger an das Land Berlin gezahlte Grundwasserentnahmeentgelte sowie Straßennutzungssonderentgelte 11/8

Grundsteuer

- Kein Erlass von Säumniszuschlägen zur Grundsteuer wegen möglicher Verfassungswidrigkeit der Einheitsbewertung 5/7

Grunderwerbsteuer

- Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer bei Grundstücksschenkungen unter einer Auflage 5/8
- Nachweis eines niedrigeren Grundbesitzwertes in Anwachungsfällen 5/9

Körperschaftsteuer

- Gemeinnützigkeit bei politischer Ausrichtung eines Vereins - Auslegung des Zwecks des demokratischen Staatswesens - Politische Bildung als Teil der gemeinnützigen Volksbildung 9/6
- Körperschaftsteuer/Umwandlungssteuer: Übergang UmwStG 1995/UmwStG 2006: Maßgeblichkeit des Eingangs der Anmeldung beim Handelsregister - Fortführung des Unternehmens durch die übernehmende Gesellschaft - Anwendung von § 8 Abs. 4 KStG aF neben § 12 Abs. 3 UmwStG 10/4
- Dividenden, die von einer gebietsansässigen Tochtergesellschaft an eine gebietsfremde Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, deren Anteile unmittelbar oder mittelbar von in Drittstaaten ansässigen Personen gehalten werden 11/9

Umsatzsteuer

- Unionsrechtliche Umsatzsteuerfreiheit von Supervisionsleistungen 1/6
- Beendigung der umsatzsteuerlichen Organshaft in der Insolvenz bei Eigenverwaltung 4/6
- Keine Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes auf die Lieferung digitaler Bücher auf elektronischem Weg 4/7
- Differenzbesteuerung beim „Ausschlachten“ von Gebrauchtfahrzeugen 8/9
- Aufbau eines Strukturvertriebs nicht steuerfrei 11/10
- Ernstliche Zweifel an der Umsatzsteuerpflicht von Fahrschulunterricht zum Erwerb eines Pkw-Führerscheins 12/5